

Sorge um die Finanzierung

Reutlingen Die Grünen-Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke sprach mit Vertretern sozialer Einrichtungen über deren Situation während Corona. Von Norbert Leister

Im April hatte Beate Müller-Gemmeke sich schon einmal mit der Situation der sozialen Einrichtungen während des ersten Corona-Lockdowns auseinandergesetzt. „Ein rundes halbes Jahr später will ich heute noch einmal Reinhören, wie es im Sommer war, wie es weitergeht und welche Wünsche an die Politik da sind“, sagte die Bundestagsabgeordnete der Grünen am Donnerstag beim Online-Gespräch.

„Während der BAFF-Freizeiten konnten alle Beteiligten zumindest ein wenig vergessen, was jetzt auf uns zukommt“, sagte Stefanie Krug, die als Nachfolgerin von Rose Henes nun zuständig für BAFF, FEDER und Kaffeehäusle ist. Dr. Joachim Rückle als Geschäftsführer des Reutlinger Diakonieverbands betonte als eine der Corona-Folgen: „Die Anfragen bei uns in der Beratung ziehen deutlich an. Sowohl in der Sucht-, der Schuldner- als auch der Erziehungsberatung.“

Hilfe dürfe nicht „freiwillig“ sein

Eine gewichtige Frage in den Zeiten von Corona sei die der künftigen Finanzierung der sozialen Arbeit. So manche Angebote der sozialen Träger würden von Landkreis und Stadt als „Freiwilligkeitsleistungen“ bezeichnet. Ganz in dem Stil, „dass man sich soziale Arbeit erst mal leisten können müsse“. Das dürfe nicht sein. „Bei den Wahnsinnssummen, die in Bereichen der Wirtschaftsförderung und Kurzarbeit ausgegeben werden, spricht niemand von Freiwilligkeitsleistungen“, so Dr. Joachim Rückle. Auch Ulrich Högel als Geschäftsführer der Reutlinger Arbeiterwohlfahrt (AWO) äußerte sich besorgt: „Es ist noch nicht klar, ob ein Schutzschirm für die Kommunen kommt.“ Deshalb fürchte er auch um die Gegenfinanzierung bei Investitionen der freien Träger im sozialen Bereich.

„Im Bund ist aber einiges beschlossen worden, mit dem Paket waren wir Grünen eigentlich zufrieden“, sagte Beate Müller-Gemmeke daraufhin. Högel stimmte zu, „die ersten Engpässe sind behoben worden, allerdings habe ich Sorgen für das kommende Jahr“.

Heike Hein berichtete als Mitarbeiterin der AWO über die Arbeit vor Ort, dass etwa wegen Corona nur noch die halbe Bettenzahl in den Notübernachtungen für Wohnungslose genutzt werden konnte. „Das machte zusätzliche Kapazitäten erforderlich.“ Zusätzliche Räume seien beschafft worden, ebenso wie die Möglichkeit (im Zusammenspiel mit der GWG) eine Wohnung für die Isolation von infizierten Wohnungslosen bereitzustellen. Aber: „Die AWO muss für die Versorgung der Personen sorgen.“ Eindeutig gezeigt habe sich jetzt in Corona-Zeiten: „Unsere Klienten brauchen uns, deshalb halten wir auch alle Angebote aufrecht, aber unter Einschränkungen“, sagte Heike Hein. Eine weitere Erkenntnis: „Viele Menschen sind jetzt schon einsam, die Weihnachtszeit wird auch für uns eine große Herausforderung.“

Schwimmen auf dem Trockenen

Stefanie Krug schließlich berichtete über den Straßenverkauf, den das Kaffeehäusle wieder aufgenommen hat. Natürlich sei es bei dem familienunterstützenden Dienst (FEDER) schwierig, alle Pflegegespräche nur noch telefonisch zu führen, „aber wir machen so viel wie möglich per Telefon“, so Krug. Das BAFF-Programm für das zweite Halbjahr sei trotz aller Schwierigkeiten begonnen worden, „als das Hallenbad zumachte, wurde daraus, flexibel wie wir sind, ein Trockenschwimmkurs im Park“. Und das aus dem einfachen Grund heraus, weil die Kontakte für die Nutzer der Angebote enorm wichtig seien. „Wir kommen aber mit dem Willen, alles offen zu halten, an Grenzen“, so Krug.

Dann erfolgte vom Land die Weisung, im November alle Freizeitangebote abzusagen. „Jetzt kam die Meldung, dass wir unter dem Begriff der sozialen Fürsorge doch wieder aufmachen könnten – das Hin und Her bringt uns an den Rand der Kapazitäten und des Verständnisses, weil ja alle Angebote mit Fahrdienst und ganz viel Aufwand verbunden sind.“

Abstriche ja, nur wo?

Müller-Gemmeke entgegnete, dass die gesamte Gesellschaft vor dem Problem der rasant steigenden Corona-Infektionszahlen steht. „Die Kontakte zwischen den Menschen müssen reduziert werden, schließlich ist bei 75 Prozent aller Infizierten nicht bekannt, wo sie sich infiziert haben.“ Das Abwägen, wo die Reduzierung der Kontakte vorgenommen werden kann, „ist eine ganz schwierige Debatte – wo soll man eingreifen, am liebsten nirgendwo, aber das Ergebnis wollte dann auch niemand haben“, so die Grünen-Politikerin. „Ihre Arbeit ist mir wichtig“, sagte Beate Müller-Gemmeke abschließend zu den Vertretern der sozialen Arbeit in Reutlingen. „Sie haben auf jeden Fall eine Mitstreiterin in mir.“